

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren,

in der Rede zum vergangenen Haushalt hatte ich bereits mit Blick auf die hohen, wenn auch notwendigen Belastungen der Hessenkasse hingewiesen. Bis ins Jahr 2033 muss Langen an die Hessenkasse über € 900.000 jährlich zahlen. Außerdem eine jährliche Tilgung von 1,4 Mio € leisten und die Auflage der am Ende des Jahres ausgeglichenen Kassenkredite erfüllen.

Eine riesige Aufgabe und wie es heißt, „Lächle, es könnte schlimmer kommen“.

Und wir stellen fest, es kommt eigentlich immer schlimmer.

Die zu erwartende Erhöhung der Schulumlage mit über € 900.000,00 erwischt Langen kalt. Die Richtung wird auch in Zukunft so sein, da Langen – was die NEV kritisch sieht – zu Lasten von Gewerbeflächen konsequent an Einwohnern wächst. Ob die Idee, die Einkommenssteuer könne die Finanzen der Stadt in Zukunft richten, zutrifft, werden wir sehen.

Der 100 Mio-Haushalt für Langen für 2019 soll die Belastungen stemmen und die Stadtverordneten wollten dies ohne Straßenausbaubeiträge und ohne Steuererhöhungen.

Neben den Einzelanträgen der Fraktionen hat sich die SPD ein Herz gefasst mit dem globalen 3-Prozent-Senkungsantrag. Dessen Statthaftigkeit kann man diskutieren, er wurde mit der Unterstützung der Grünen und der NEV beschlossen und hat endlich mal Bewegung in die Haushaltsberatungen gebracht.

Das findet ausdrücklich die Anerkennung meiner Fraktion.

Tatsächlich bot die Verwaltung Sparpotential in Höhe von 1,6 Mio € an.

Das wurde von den Stadtverordneten nicht ausgeschöpft. Dafür aber die Hebesätze der Gewerbesteuer um 10 Punkte, der Grundsteuer B um 25 Punkte hochgesetzt. Da wird sich der ein oder andere Bürger fragen, was sich die Stadtverordneten eigentlich denken.

Nun waren bei dieser Streichliste eine ganze Reihe von Einzelpunkten, die als „Liste der Grausamkeiten“ die Aufmerksamkeit der Presse auf sich zog. Mit anderen Worten, es waren Einsparungsangebote dabei „für die Galerie“.

Da ging es von, schlechterem Kitaessen bis zu fehlenden Mitteln zum Ersatz von Spielzeug und Möbeln. Sicher Punkte, mit deren Streichung sich nicht nur Stadtverordnete schwertun.

Dabei sei folgende Anmerkung gestattet: Wenn man schon den Eindruck erweckt, dass die Langener Kinder im Falle der Einsparungen demnächst mit selbstgerupften Lumpenbällen spielen müssten, ist es nicht zu viel verlangt, wenn in einer Haushaltsberatung die naheliegende Frage, wieviel Geld denn erfahrungsgemäß jährlich für Ersatzbeschaffungen aufgewandt wurde, vom Fachdienst auch direkt beantwortet werden kann und nicht erst im Protokoll nachgeliefert werden muss. Es war ein Vorschlag der Verwaltung, da sollte diese auch entsprechend aussagefähig sein. Dies gilt übrigens durchaus auch für andere Bereiche und Nachfragen.

Wie verhält es sich aber mit den gestrichenen Vorschlägen. Da finden sich in erster Linie Verschiebungen auf später, die Reduzierungen beruhen oft auf einer zuvor entweder vorsichtig zu nennenden oder komfortablen Planung. Einiges fällt tatsächlich weg.

Verschoben ist auch – und auch das wieder unter großem Getöse – der Beginn des Ausbaus der barrierefreien Bushaltestellen. Erstens kennt das Gesetz dort auch spätere Anpassungen aufgrund fehlender wirtschaftlicher Spielräume, zweitens halte ich es für abenteuerlich, zu glauben, dass die Fördertöpfe für das Jahr 2019 überhaupt noch zugänglich gewesen wären. Da müssen wir mit unserem Haushalt vermutlich schneller sein.

Trotzdem ist das alles auf lange Sicht keine tragfähige Methode für künftige Haushalte. Unterjährig verbesserte Haushaltsergebnisse gründen oft auf nicht besetzten Stellen, Langzeiterkrankungen und Einmaleffekten oder dem längst veräußerten Tafelsilber.

Im Jahr 2018 blieben die Einnahmen aus der Einkommenssteuer, deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die als unsicher geschmähte Gewerbesteuer hat das diesmal einigermaßen aufgefangen.

Wenn aber die Einnahmenseite bereits eher aus Hoffnungen besteht und die Ausgabenseite aus die Steigerung, müssen künftig strukturelle Sparmaßnahmen erfolgen.

Und das heißt, das freiwillig Aufgaben wirklich wegfallen müssen, gegebenenfalls auch Einrichtung ihre Angebote reduzieren oder gar schließen müssen und das auch Konsequenzen für den Stellenplan haben kann oder muss. Unsere Vorschläge laufen nur allzu schnell leer, wenn uns entgegengehalten wird, der Stellenplan gäbe es nicht her. Da eben sind der Bürgermeister und die Verwaltung gefragt, in einen offenen Dialog mit den Stadtverordneten zu treten.

Aber dennoch, wir leben alle bis zu einem gewissen Grad vom Kompromiss. Deshalb haben – jedenfalls Teile unser Fraktion –für die Erhöhung der Hebesätze gestimmt. Dies ist der Tatsache geschuldet, dass es immerhin Bewegung hin zu Einsparungen gab. Wir waren also jetzt haarscharf dran, dass die NEV – jedenfalls zum überwiegenden Teil - diesem Haushalt zustimmt.

In der folgenden Abstimmung wurde dann aber mehrheitlich beschlossen, die Grundsteuer B im Jahr 2020 auf 700 Punkte anzuheben, wenn nicht Änderungen eintreten, die die Erhöhung nicht „erforderlich“ machen. Dem haben wir nicht zugestimmt.

Wir haben bei der Straßenbeitragssatzung die Erfahrung gemacht, dass laut Beschluss die Aufhebung erfolgen sollte, sobald sie möglich sei. Prompt wurde diskutiert, was den „möglich“ in diesem Zusammenhang bedeute. Jetzt ist hier die Erhöhung durch die Hintertür schon mal platziert. Was zeigt, dass eine strukturelle Sparbereitschaft doch immer noch nicht besteht. Man wird sich im kommenden Jahr darüber unterhalten, ob denn Umstände eingetreten sind, die die vorzulegende Grundsteuererhöhung auf 700 Punkte nicht erforderlich machen. Ich wage die Prophezeiung, solche Änderungen wird es nicht geben.

Wir waren – jedenfalls überwiegend – bereit, eine Erhöhung als Paket der Sparmaßnahmen mitzutragen. Die Perspektive ist damit aber eine andere. Die Perspektive ist ganz offenbar auch zukünftig, wenn € 900.000 in der Kasse fehlen, erhöhen wir eben wieder die Grundsteuer.

Bei einer 55qm-Wohnung handelt es sich in 2019 um eine Erhöhung von € 13,19. Im Betrachtungszeitraum 2011 bis 2020 ist es eine Verdoppelung von € 184,76 auf € 369,53.

Demzufolge werden wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Ich will mich aber auch im Namen meiner Fraktion für den hohen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung bedanken. Ebenso bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen für die gute und offene Zusammenarbeit jenseits unserer unterschiedlichen Auffassungen.

Unser besonderer Dank gilt allen denen, die sich in Vereinen und Organisationen in unserer Stadt ehrenamtlich einsetzen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

NEV

Claudia Trippel